

Tätigkeitsbericht 2023

Im ersten Halbjahr fanden zwei Sitzungen der Kommission Sucht und Drogen (KSD) in Präsenz statt. Einen perspektivisch wichtigen personellen Zugewinn verzeichnete die KSD mit der Kooptierung von OÄ Julia Schneeweiß (Hubertusburg). Offen blieb noch die personelle Vertretung der Rehakliniken (Entwöhnungsbehandlung) in der Kommission. Zum Halbjahr endete die Legislaturperiode der Sächsischen Landesärztekammer. Aus Altersgründen stellte der langjährige KSD-Vorsitzende Dr. Härtel seine Arbeit in der KSD ein. Die Kooperationsbeziehungen der Kommission mit der GAD-Sachsen, der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V. und dem Suchtausschuss der Bundesdirektorenkonferenz (BDK) liefen im Berichtszeitraum in bewährter Weise weiter. Zentraler Inhalt der KSD-Arbeit blieben 2023 die Diskussionen um die Cannabisfreigabe. Die Kommission lehnt jegliche Form von Cannabisfreigabe vollständig ab. Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Beleg für das Eintreten auch nur einer Behauptung von Verbesserung durch die Freigabe, die einer gezielten Prüfung standhielte. Diese unsere Position hatten wir wiederholt auch in unserem Ärzteblatt Sachsen veröffentlichen können. Leserbriefe fanden durch uns Erwiderung, wobei Leserbriefautoren sich nach anfänglicher Gegenposition unserem Standpunkt anschlossen. Die weiterlaufende Diskussion des Themas zeigt ebenfalls eine Vermehrung der kritischen und ablehnenden Stimmen. Freigabe durch die ideologiegetriebene Politik stellt einen schweren medizinischen Fehler dar! Die bundesministerielle Ebene scheint vollständig beratungs- und erkenntnisresistent. Diese falsche propagandistische Verharmlosung von staatlicher u.a. Seite zeitigt fassbare und von uns erwartete Folgen höherer Morbidität und Mortalität im gesamten Drogenfeld. Bei der Fallzahlensteigerung wirkt auch die fortbestehende Änderung der Substitutionspraxis, bei der im Zuge der Coronaerkrankungen eingeführte sogenannte **„Erleichterungen“ der Verordnung und Ausgabe** von Substitutionsmitteln einfach fortgesetzt werden. Ein Dammbbruch regulärer Verordnungsweise! Die Gesellschaft zahlt mit Drogentoten! Es ist offensichtlich: Die Zahlen folgen dem Angebot, klare Regeln und Begrenzungen verbessern die Lage! Die Situation der Suchtpsychiatrie ist weiterhin als prekär einzuschätzen. In Diskussionen wurden einige Schwerpunkte bearbeitet. Diese Forderungen bitten wir den neuen Vorstand der SLÄK unterstützend voranzutreiben. Es werden mehr Studien- und Ausbildungsplätze für die Versorgung im ärztlichen und nichtärztlichen Bereich in Klinik, Reha, Ambulanz, Niederlassung und ÖGD erforderlich. Bürokratieabbau ist elementar wichtig, es wird sonst kostbare Patientenzeit verplempert. Für eine bürokratiawuchernde Neuregelung sollten fünf alte ersatzlos abgeschafft werden. Es ist eine bessere und leichtere Durchführung von Zwangsbehandlung im gesamten psychiatrischen Bereich nötig.

Die Beratungskommission für Suchtkranke Ärzte wird sich zukünftig mit einer ebenfalls steigenden Zahl von Fällen konfrontiert sehen. Das erfordert auch eine personelle Aufstockung durch erfahrene psychiatrische Suchtmediziner.

Dr. Peter Grampp, Oschatz, Vorsitzender ab Juni 2023
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2023“)